Radio SRF. Echo der Zeit mit Christina Schadecker.

Die Themen vom 4. August.

Nach heftigen Vorwürfen aus den USA wegen eines Geldwäschereiverfahrens wehrt sich nun die Schweizer Bundesanwaltschaft.

Der aktuelle Stand der Dinge gleich.

Der russische Kremelkritiker Alexey Navalny

ist zu weiteren 19 Jahren Haft verurteilt worden wegen Extremismus.

Wir schauen uns das Urteil genauer an.

Der brasilianische Präsident Lula da Silva setzt ein Wahlversprechen um.

Die Amazonas Abholzung ist deutlich zurückgegangen.

Ein Zeichen des politischen Wandels analysiert unsere Korrespondentin.

Und der Massensuizid von Mitgliedern einer Hungasekte in Kenia

wirft Fragen auf zum Verhältnis von Kirche und Staat.

In meinem Land haben die Politik und Religion sehr lange in Kenia geintet.

Viele Menschen in Kenia hören viel zu den religiösen Leaders.

Religiöse Anführer hätten großen Einfluss, sagt diese Religionswissenschaftlerin.

Zuerst zu den Nachrichten mit Marco Koller.

Bei einem Angriff der Ukraine auf einen russischen Seehafen am Schwarzen Meer

könnte es gemäß ukrainischen Angaben große Schäden gegeben haben.

Das legt ein Video des Angriffs nahe,

dass mehrere ukrainische Medien veröffentlicht haben.

Die Bilder zeigen, wie eine unbemannte Seedrohne ein Militärschiff angreift.

An Bord sollen rund 100 russische Soldaten gewesen sein.

Ob das russische Militärschiff tatsächlich getroffen wurde, bleibt allerdings unklar.

Russland hatte gemeldet, der Angriff sei abgewährt worden.

Litauen erklärt mehr als 1000 Staatsangehörige von Russland und Belarus

als Bedrohung für die nationale Sicherheit.

Sie dürfen darum nicht mehr in Litauen wohnen und auch nicht mehr einreisen,

wie die litauische Migrationsbehörde mitteilt.

Um ihre Aufenthaltsbewilligung zu erneuern,

mussten russische und belarossische Staatsangehörige

in den letzten Monaten einen Fragebogen ausfüllen.

Sie mussten unter anderem erklären,

wie sie zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine stehen.

Die Militärregierung in Niger beendet die militärische Zusammenarbeit mit Frankreich.

Das sagte ein Sprecher im staatlichen Fernsehen.

Zurzeit sind noch mehr als 1000 französische Soldaten in Niger stationiert.

Sie sind unter anderem im Kampf gegen islamistische Terrororganisationen engagiert.

Was die Ankündigung der Militärregierung für diese französische Militärpräsenz bedeutet, ist unklar.

Niger galt als letzter verbündeter Frankreichs und anderer westlicher Länder in der Region.

In Äthiopien hat die Regierung den Notstand ausgerufen,

nachdem es in den letzten Tagen in der Amhara-Region im Norden des Landes

vermehrt zu Zusammenstößen zwischen der Armee und lokalen paramilitarischen Gruppen

gekommen war.

Premierminister Abi Ahmed schrieb, die Situation ruhig außer Kontrolle zu geraten.

Im April hatte die äthiopische Regierung angekündigt,

paramilitärische Einheiten auflösen und in die Polizei oder Armee integrieren zu wollen.

Seither haben sich die Spannungen im Land verschärft.

Das Basler Strafgericht hat eine ehemalige Kassierin des Kunstmuseums

von Nassion Bayerla zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt.

Laut anklagischer Rikt steckte die Frau fast eine Million Franken in die eigene Tasche,

indem sie etwa Eintrittsbillete verkaufte, ohne diese über die Kasse zu verbuchen.

Das Geld habe sie in Luxusreisen oder teure Autos investiert.

2019 kam ein Mitarbeiter der Frau auf die Schliche und sie wurde freigestellt.

Nun hat das Gericht sie zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und sieben Monaten verurteilt.

Die Kassierin kann das Urteil noch weiterziehen.

In Österreich und Slowenien hat es so stark geregnet,

dass zahlreiche Straßen und Gebäude überflutet wurden.

In Slowenien sind zudem mindestens drei Menschen ums Leben gekommen.

Die Slowenische Umweltbehörde hob die Unwetterwarnung auf die höchste Stufe.

Im Süden Österreichs hat er viele Regen zu dem Schlamm- und Gerölllawinen ausgelöst,

wie örtliche Behörden mitteilen.

Der Spielfilm Foudre, der Genfer Regisseurin Garbene Jacquet, geht ins Rennen um einen Oscar.

Er wird als Schweizer Beitrag in der Kategorie bester internationaler Film eingereicht,

wie das Bundesamt für Kultur mitteilt.

Der Film erzählt die Geschichte der 17 Jahre alten Elisabeth,

die im Sommer 1900 kurz davor steht, ihr Gelübde als Nonne abzulegen.

Im Dezember wird die Oscar-Akademie entscheiden, ob der Film in die engere Auswahl kommt.

Die Börsendaten von 18.05 geliefert von 6,

der Swiss Market Index schließt bei 11.000 und 98 Punkten,

das ist ein Plus von 0,1%.

Der Dow Jones Index in New York steigt um 0,6%.

Der Euro wird zu 96 Rappen 16 gehandelt, der Dollar zu 87 Rappen 13.

Und das Wetter aufs Wochenende hin?

Am Abend bleibt es wechselhaft und es kann Regenschauer geben.

Morgen setzt sich im Norden dann zeitweise die Sonne durch,

in den Bergen der Zentral- und Ostschweiz und in Graubünden

bleiben die Wolken aber zahlreich und bringen stellenweise Regen.

Die Temperatur erreicht 22 Grad.

Im Tessin ist es mit Nordföhn oftsohnig bei 28 Grad.

Seit einigen Tagen macht ein US-Parlamentsausschuss Druck

auf die Schweizer Bundesanwaltschaft.

Deren Exponenten hätten sich in einem Geldwäscherei-Verfahren

auf die Seite Russlands geschlagen und mitgeholfen,

einen massiven Steuerbetrug zu verschleiern.

Die Bundesanwaltschaft weist die Vorwürfe zurück

und sucht jetzt direkt den Kontakt mit den USA.

Kritische Stimmen gibt es aber auch im Inland.
Gleich zwei Aufsichtsbehörden beleuchten die Rolle der Bundesanwaltschaft.
Aus dem Bundeshaus Dominic Meier.
Es geht um einen mutmaßlich massiven staatlichen Korruptionsfall
und aus den Nullerjahren.
Aufgedeckt hatte ihn ein Buchhalter Sergej Magnitski.
Er starb wenig später
unter ungeklärten Umständen in einem russischen Gefängnis.
Die Schweizer Bundesanwaltschaft führte jahrelang ein Verfahren
rund um den Korruptionsfall.
Konkret sollen die Täter Geld in der Schweiz gewaschen haben.
Allerdings konnte die Bundesanwaltschaft diesen Tatvertrag nicht erhärten
und stellte das Verfahren ein.
Genau das kritisiert jetzt der US-Parlamentsausschuss massiv.
Die Bundesanwaltschaft sagt, alles sei korrekt gelaufen.
Die Vorwürfe aus den USA seien haltlos.
Bundesanwalt Stefan Blättler sei deshalb nun direkt aktiv geworden in Amerika,
schreibt die Behörde heute.
Der Bundesanwalt hat in dieser Sache, diese Woche,
den Kontakt zu seinen amerikanischen Amtskollegen gesucht.
Weiter ins Detail geht die Bundesanwaltschaft nicht.
Sie verweist aber aufs Schweizer Außendepartement Edda,
das ebenfalls in den USA interveniert hat und schreibt weiter.
Bundesanwalt Stefan Blättler ist die Unabhängigkeit der Bundesanwaltschaft
äußerst wichtig.
Entsprechend schützte die Behörde vor jeglichen politisch
oder anderweitig motivierten Druckversuchen aus dem Innen- und Ausland.
Nicht nur im Ausland, auch im Inland, gibt es kritische Fragen.
Die Geschäftsprüfungskommissionen von National- und Ständerat
sind seit drei Jahren aktiv in der Affäre.
Als Oberaufsicht über die Bundesanwaltschaft klären sie unter anderem ab,
ob sich die Bundesanwaltschaft zu stark hat beeinflussen lassen
von Russland bei den Ermittlungen.
FDP-Politiker Matthias Michel ist Präsident
der Geschäftsprüfungskommission des Ständerats.
Der Fall ist bei uns auf dem Radar.
Vertieft haben wir im Jahr 20 Abklärungen gemacht.
Im Moment stehen sich still, weil noch hängige Rechtshilfeverfahren
vorhanden sind und in der Regel warten wir diese ab.
Aber der Fall wird nicht versinken.
Er wird bei uns irgendwann zur Abklärung und zu einem Abschluss führen.
Konkrete Vorwürfe an die Bundesanwaltschaft macht der frühere
SP-Nationalrat Andreas Gross.
Er hatte die Magnitzke Affäre im Auftrag des Europarats untersucht

und wurde 2016 von der Bundesanwaltschaft vorgeladen.

Sein Gegenüber bei der Befragung sei voreingenommen gewesen,

kritisierte Gross gestern in der SRF-Sendung 10 vor 10.

Die Hälfte von diesen Fragen sind begründet durch die These,

dass mein Bericht völlig auf falsche Angaben beruht,

dass sie manipuliert wurden.

Es muss keine Weile noch anständiger behandelt werden als zu bären.

So bin ich mir froh gekommen.

Die Bundesanwaltschaft weist Kritik am Magnitzke-Verfahren zurück

und schreibt, dass Bundesstrafgericht ihr Vorgehen unterdessen

in verschiedenen Urteilen gestützt.

Neben den Geschäftsprüfungskommissionen, übrigens,

nimmt noch eine weitere Behörde die Bundesanwaltschaft unter die Lupe,

konkret die vom Parlament unabhängige Aufsichtsbehörde

über die Bundesanwaltschaft.

Sie schreibt auf Anfrage.

Die Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft

verfolgt den Fall aufmerksam.

Da es sich dabei um ein laufendes Verfahren handelt,

kann sie sich derzeit nicht dazu äußern.

Zwei Jahre bereits sind Verstrichen seit die Bundesanwaltschaft

das Verfahren eingestellt hat rund um die Magnitzkaffäre.

Die Abklärungen der Schweizer Aufsichtsbehörden

ziehen sich in die Länge, der Druck aus dem Ausland bleibt.

Das ist das Echo der Zeit auf Radio SRF.

Wir thematisieren gleich das neue Urteil

gegen den Krimelkritiker Alexey Navalny,

die verlangsame Abholzung im brasilianischen Regenwald,

die verschränkte Reisefreiheit von Afghanen und Afghanen in der Schweiz

und die weltweiten Tierwanderungen,

die Auskunft geben über den Zustand des Planeten.

Ein russisches Gericht hat heute den bekannten russischen Oppositionellen

Alexey Navalny schuldig gesprochen,

unter anderem wegen Extremismus.

Das Strafmaß, 19 Jahre Haft unter besonders harten Bedingungen.

Der Prozess fand nicht in Moskau,

sondern direkt in Navalny's Strafkoloniestadt.

Der Politiker sitzt bereits seit rund 2,5 Jahren im Gefängnis

wegen anderer Vorwürfe.

Auslandredaktor David Nauer hat die Urteilsverkündung

heute Nachmittag mitverfolgt.

David Nauer, dieses Urteil, dieses Strafmaß, wie ist das einzuschätzen?

Es ist eindeutig ein politisch motiviertes Urteil.

Es geht dem Kreml hier darum,

einen politischen Rivalen wegzusperren für weitere 2 Jahrzehnte.
Es ist auch so, dass in Russland früher bei Prozessen gegen Oppositionelle immer irgendwelche Steuervergehen oder sonstigen Verbrechen konstruiert wurden.
Das ist diesmal bei Navalny ganz anders,
wandert ins Gefängnis wegen seiner politischen Tätigkeit.
Das Gericht macht sich hier nicht einmal die Mühe,
irgendetwas zu verschleiern.
Besonders fragwürdig ist auch, dass Navalny's Aktivitäten absolut legal waren.
Er hatte ja Büros im ganzen Land, er macht die Wahlkampf und so weiter.
Der Kreml hat Navalny's Organisation erst nachträglich und vor allem rückwirkend für extremistisch erklärt.
Das heißt, Navalny und auch seine Leute werden für etwas verfolgt,
was zum Tatzeitpunkt absolut gesetzeskonform war.
Also geht es bei diesem Urteil nicht nur um Navalny selbst,
sondern eben auch um seine Leute, um die, die ihn unterstützen?
Ja, es geht eindeutig darum,
überhaupt alle, die den Kreml irgendwie kritisch sehen,
einzuschüchtern.
Das System statuiert ein Exempel an Navalny.
Seine Organisation selbst ist ja bereits komplett zerschlagen.
Viele Anhänger, Anhängerinnen sind geflohen,
zahlreiche aber sitzen auch in Haft in Russland.
Und überhaupt hat er mit dem Krieg gegen die Ukraine die Repression in Russland selber sich deutlich verstärkt.
Nicht nur gegen Navalny's Leute,
sondern auch gegen alle anderen,
die irgendwie anderer Meinung sind als der Kreml.
Internationale Organisationen, darunter auch der Europarat,
zeigten sich die letzten Monate immer wieder besorgt
über Navalny's Gesundheitszustand.
Wie hat er sich denn nun während des Prozesses gezeigt?
Also physisch geht es ihm offenkundig nicht gut.
Er ist sehr stark abgemagert.
Er sieht auch kränklich aus.
Das ist zweifellos eine Folge der extrem harten Haftbedingungen.
Er wird im Gefängnis auch immer wieder von der Verwaltung schikaniert,
wie er selbst schildert.
Trotzdem gibt er sich kämpferisch ungebrochen,
wie er seine Anwälte kommentiert erlaufend,
das politische Geschehen in Russland und auch weltweit.
Er macht sich aber auch über die Gefängniswerte
oder über den Kreml lustig
und ruft auch seine Anhänger auf,

weiter Widerstand gegen das Regime zu leisten.
Also physisch geht es ihm schlecht, psychisch macht er den Eindruck,
dass alles in Ordnung ist.
Und er ruft auf zum Widerstand gegen das Regime.
Verfängt dieser Aufruf in irgendeiner Art und Weise?
Er ist eine Anhänger-Anhängerin, die feiern ihn zweifellos.
Da sieht man auf sozialen Medien.
Aber man muss auch sagen,
öffentlich Navalny zu unterstützen
ist inzwischen sehr gefährlich geworden in Russland,
so dass das eigentlich fast niemand mehr tut.
Ich denke aber auch, dass in der breiten Bevölkerung sicher
Navalny langsam, langsam in Vergessenheit gereiht,
weil es gibt ja überhaupt keine unabhängigen Medien mehr.
Und die Russen haben auch ganz andere Sorgen,
den Krieg, die Inflation,
überhaupt die allgemeine Verhärtung des innenpolitischen Klimas.
Und da werden sich viele denken,
ist mein Eindruck Navalny Falle als Akteur ja eh aus,
weil er quasi im Gefängnis sitze.
Und ich denke, das ist auch sicher die Botschaft,
die der Kreml aussenden wollte an die eigene Gesellschaft.
Navalny ist in Haft.
Und er soll eben nach dem Willen des Kreml
noch sehr lange in Haft bleiben.
Vielen Dank für diese Informationen und Einschätzungen.
Das war Ausland Redaktor David Nauer.
Den Amazonas Regenwald besser schützen,
die illegale Abholzung stoppen.
Das waren Wahlversprechen
von Brasiliens Präsident Lula da Silva.
Bisher war unklar, wie ernst es Lula damit meinte.
Seine Umweltpolitik,
gleich in der Vergangenheit oft einem Zickzackkurs.
Während seinen ersten beiden Amtszeiten
ließ Lula etwa gigantische Wasserkraftwerke im Amazonas bauen,
die eine katastrophale Umweltbilanz haben.
Nun aber, in der dritten Amtszeit,
scheint sich etwas zu bewegen.
Die illegale Abholzung im Amazonas geht laut Angaben
des brasilianischen Umweltministeriums zurück.
Und zwar deutlich.
Südamerika-Korrespondentin Teresa Delgado.
Im ersten Halbjahr 2023 hat die illegale Abholzung

in Brasiliens Amazonas im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 34% abgenommen.
Im Juli ist die Entwaldung laut unabhängigen Experten sogar um mehr als zwei Drittel gefallen und damit auf einen so tiefen Stand wie zuletzt vor fast 20 Jahren.
Umweltministerin Marina Silva zeigte sich bei einer Medienkonferenz hochzufrieden mit diesen Werten.
Das ist das Ende der Straflosigkeit.
Wir verfügen über genügend Ressourcen, um sicherzustellen, dass Landräuber und Brandstifter nicht straflos davon kommen.
Tatsächlich zeigt die Regierung von Präsident Luiz Inacio Lula da Silva seit einigen Monaten verstärkt Präsenz im Amazonas-Gebiet.
Sie bestraft Landräuber, hat mehr indigene Gebiete geschaffen und Naturschutzzonen.
Cada ein, der komett den Krimi,
denkt zwei Mal, bevor er illegal Holz schlage,
so die Umweltministerin.
Auch aus der Luft wird die Abholzung überwacht via Satelliten des brasilianischen Instituts für Weltraumforschung INPE.
Sie beobachten vom Weltall aus, wie viel Holz im Amazonas gerodet wird.
Ein häufiges Problem dabei, die Regenzeit.
Wenn sich über dem Regenwald dichte Wolken bilden, haben die Satelliten keinen Durchblick mehr.
Dann nimmt die Abholzung jeweils zu.
Ein neuer Satellit aus China, der durch Wolken hindurchschauen kann, soll Abhilfe schaffen.
Und hohe Bussen sollen abschrecken.
Diese Maßnahmen sind Anzeichen eines politischen Wandels in Brasilien.
Noch vor einem Jahr erlebte der Amazonas unter Lulas Vorgänger Jair Bolsonaro eine der schlimmsten Abholzungs- und Brandperioden der jüngeren Geschichte.
Doch mit dem linken Lula ist der Umweltschutz wieder zu einem Kern anliegen geworden.
Er will die illegale Abholzung im Amazonas bis 2030 ganz stoppen und hofft auch andere südamerikanische Länder für dieses Ziel zu gewinnen.
Für nächste Woche hat Lula deshalb einen regionalen Amazonas-Gipfel einberufen.
Lulas starker Fokus auf den Amazonas hat aber auch einen Nachteil.
Im Cerrado, der brasilianischen Savanne, nimmt die Abholzung zu.
Wenn die brasilianische Regierung verhindern will, dass sich die illegale Abholzung vom Regenwald einfach in die Savanne verschiebt, muss sie auch in die Abholzung verhindern.
Wenn die Savanne verschiebt, muss sie auch dort im Cerrado künftig genauer hinschauen.
Afghaninnen und Afghanen, die in der Schweiz leben und keinen gültigen Pass haben,

sind in ihrer Reisefreiheit stark eingeschränkt.

Viele dürfen etwa ihre Familien im Ausland nicht besuchen.

Sie können beim Staatssekretariat für Migration zwar ein entsprechendes Reisedokument beantragen.

Bei afghanischen Staatsangehörigen sind diese Gesuche bisher aber meist abgewiesen worden.

Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts muss das Staatssekretariat für Migration nun aber seine Praxis überprüfen.

Das gibt betroffenen Hoffnung.

Livia Middendorp.

Die Afghanin Sarah Jafari hat ihren Vater zuletzt im Jahr 2015 gesehen.

Er lebt in Iran.

Sarah Jafari ist 38 Jahre alt und wohnt mit ihrem Mann

und den zwei Kindern im Kanton Luzern.

Vor 12 Jahren ist sie in die Schweiz gekommen.

Sie macht derzeit eine Ausbildung zur fachangestellten Gesundheit.

Ihr afghanischer Pass ist abgelaufen.

Erneuern kann sie nicht.

Niemand kann ihre afghanische Identität bestätigen,

weil auch ihr Vater nach fast 50 Jahren in Iran

keine gültigen afghanischen Papiere mehr hat.

Ihre Hoffnung liegt daher bei den Schweizer Behörden.

Wieder und wieder hat sie in den letzten Jahren

ein Gesuch für ein Reisedokument gestellt,

obwohl sie die negativen Antworten jeweils nur schwer ertragen konnten.

Ich habe immer wieder Briefe übergekommen.

Ablehnung, Ablehnung, okay, ablehnen, drei, vier Jahre, immer Ablehnung.

Es hat mich zügig wirklich belastet.

Auch die Familie hat es darunter wirklich leidgemacht.

Sara Jafar ist eine und der vielen Afghaninnen und Afghanen,

die weder in ihrem Heimatland noch in der Schweiz Reisedokumente besorgen können.

Beim Staatssekretariat für Migration, SEM, heißt es auf Anfrage,

im Jahr 2022 seien gut 1.000 entsprechende Gesuche

von afghanischen Staatsangehörigen eingegangen.

Nur rund 10 Prozent davon wurden gutgeheissen.

Da SEM sei bisher davon ausgegangen,

dass sich die Situation in Afghanistan auch nach der Machtübernahme der Taliban

vor zwei Jahren stetig verändert.

Einen afghanischen Pass zu beschaffen sei für die Betroffenen daher nicht nachhaltig und möglich.

Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts

werde das SEM diese Einschätzung nun überprüfen.

Das Gericht hat dem Urteil nämlich festgehalten,

dass es für afghanische Staatsangehörigen derzeit nicht möglich sei.

Reisepässe aus ihrem Heimatland zu beschaffen.

Das Urteil basierte auf einer Beschwerde,

die die Basler Rechtsberatungsstelle der Hilfsorganisation HEX für einen betroffenen Afghanen eingereicht hatte.

Der Leiter der Rechtsberatungsstelle Ruedi Bollack sagt, seine Meinung nach müsste das Staatssekretariat für Migration solche Fälle künftig anders beurteilen.

Ich finde, das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ist sehr klar und zeigt wirklich gut auf, in welcher Situation sich Personen befinden, die außerhalb von Afghanistan Reisedokumente beschaffen müssen.

Das sei schon vor der Machtübernahme der Taliban schwierig gewesen, seither sei es unmöglich geworden.

Meine Empfehlung ist klar, dass Personen, die ein solches Gesuch entbetracht ziehen, dass die rechtliche Beratung in Anspruch nehmen und prüfen, ob das Sinn macht, ein neues Gesuch einzureichen.

Ich denke, in vielen Fällen wird es sich lohnen, ein neues Gesuch einzureichen.

Das hat Sarah Jaffari bereits getan, direkt nachdem sie vom Urteil gehört hat.

Kurz zuvor hatte sie noch ein emotionales Video in den sozialen Medien veröffentlicht und war erstaunt.

Ich habe so viele Nachrichten von den anderen Afghanen und Afghanen bekommen, dass sie auch in genau gleichen Situationen wie ich sind.

Vielleicht mit weniger oder mehr Unterschied.

Aber diese sind genau die gleichen Situation.

Sie weiß jetzt, dass sie nicht allein ist.

Zudem hat sie nun wieder Hoffnung, dass sie ihren Vater doch bald in Iran besuchen kann.

Es ist einer der größten Massensuizide der jüngeren Geschichte.

In einem Wald in Kenia haben sich hunderte Menschen zu Tode gehungert.

Sie folgten einem religiösen Führer, der ihnen versprach, sie würden Jesus begegnen.

Noch immer werden im Chakahola-Wald neue Leichen gefunden.

427 Tote sind es bis jetzt nach kenianischen Medienangaben.

Im religiösen Kenia wird nun über die Rolle der Kirchen debattiert und darüber, wie ein solches Drama künftig vermieden werden könnte.

Afrika-Korrespondent Samuel Buri.

Normalerweise kommen die Menschen für die frische Meeresbrise in den Touristen Nord-Malindi.

Doch vor dem Leichenhaus des Städtchens riecht es nach Verwesung, während Kenias Innenminister Kituro Kendiqi den Fund

Neuer Massengräber verkündet.

Wir haben die Wahrheit, dass mehr Gräber in den Chakahola-Forest sind.

Im Wald von Chakahola haben sich die Mitglieder eines Hungerkultes niedergelassen.

Dort sind viele von ihnen gestorben.

Ständig werden neue Leichen entdeckt.

Wir werden jeden Millimeter dieses Waldes durchsuchen
und alle Bergen lebendig oder tot.
Die Überlebenden sind in Polizei gewahrsam.
Die Toten werden obduziert.
Das Leichenhaus ist am Limit.
Wir müssen die Leichen nun provisorisch aufbaden,
so dass wir Platz kriegen für neue.
Dennoch immer werden 600 Menschen vermisst
und die Zahl der Toten steigt.
Was ist da passiert an der Küste Kenias?
Pastor Anthony Muema zeigt uns seine kleine Kirche,
ein Wellblechhaus am Rand von Malindi.
Muema war einst ein Kollege
des späteren Hungerpredigers Paul Mackenzie.
Ein toller Prediger sei dieser Mackenzie gewesen.
Das erste Mal sah Muema ihn vor 15 Jahren.
Im Stadion von Malindi habe ich ihn erlebt.
Damals predigte er noch nicht gegen die Schule oder den Arztbesuch.
Doch Pastor Mackenzie radikalisierte sich
stetig.
Einige Jahre später wurde er verhaftet,
weil er den Kindern seiner Gemeinde den Schulbesuch untersagt hatte.
Muema besuchte ihn im Gefängnis.
Wir waren überrascht.
Er sah seine Fehler nicht ein.
Er sagte, die Regierung ist gegen mich.
Schließlich verlor Muema den Kontakt zu ihm.
Ich kann sagen, dass Mackenzie die Rechnung von Leuten geändert hat.
Und sie kamen in Angst in den Leben der Menschen.
Mackenzie habe den Leuten nicht mehr Hoffnung gepredigt,
sondern Angst erklärt der Pastor.
Das könnte erklären,
wieso hunderte Menschen dem religiösen Führer
in einen abgelegenen Wald gefolgt sind,
wo sie sich und ihre Kinder zu Tode hungern sollten.
Besonders arme und verzweifelte Menschen
erhoffen sich in Kenia Hilfe von der Kirche.
Das bekünstigt Missbrauch.
Dubiose Pastoren verlangen für ihren Beistand Geld
oder gar sexuelle Dienstleistungen.
Nun will die Regierung die Kirchen stärker kontrollieren.
Grundsätzlich befürwortet das Muema.
Jeder Pastor sollte wissen,
wie er seine Gemeinde korrekt leiten kann.

Der heilige Geist hingegen
könne nicht durch die Politik reguliert werden,
erklärt Pastor Anthony Muema.
Politik und Kirche, dieses Verhältnis,
kennt die Theologiedozentin Edith Cayeli.
Sie unterrichtet an der Universität der Hauptstadt Nairobi.
In Kenia sind Politik und Religion eng verwoben.
Im Wahlkampf geben sich die Politiker sehr religiös.
Sie wissen, dass sie damit Stimmen gewinnen können
und die religiösen Führer haben großen Einfluss auf die Leute.
Kirchenspende gegen Wählerstimme.
Diesen Kuhhandel machen alle Politiker.
Das weiß auch Präsident William Ruto,
der nach der Tragödie von Shakahola verspricht,
die Kirchen stärker an die Kandare zu nehmen.
Wenn wir den Präsidenten beim Wort nehmen,
dann wird es möglich,
fragwürdige Kirchen zu schließen.
Doch noch im Wahlkampf hatte der Präsident
den Kirchen Mehrfreiheiten versprochen.
Wenn die Politiker als Ernst meinen
und konkrete Maßnahmen treffen, das wäre gut.
Aber wenn es nur Lippenbekenntnisse bleiben
und dann sind Wiederwahlen, kommen wir nirgends hin.
Kenias Innenminister hat kürzlich bereits relativiert.
Problempastoren machten nur 0,01% aller Priester aus,
sagte er.
Es könnten also auch künftig
schwarze Schafe zu ihren Schäfchen predigen in Kenia.
Der Beitrag von Afrika-Korrespondent Samuel Burri.
Nicht nur Menschen, auch viele Tiere migrieren.
Dank Satelliten und der Digitalisierung ist es möglich,
diese Wanderungen quasi in Echtzeit mitzuverfolgen.
Dieser Forschung verschrieben hat sich das Icarus-Projekt.
Verschiedenste Tierarten werden mit Minisendern ausgerüstet,
die dann vieles über den Standort und das Befinden
der Tiere verraten
und damit auch über den Zustand der Welt.
Martin Wieckelsky leitet das Icarus-Projekt.
Er ist Direktor am Max-Planck-Institut
für Verhaltensbiologie in Radolfzell
und Professor an der Universität Konstanz.
Mein Kollege Markus Hofmann hat ihn als Erstes gefragt,
welche Tierwanderung ihn bisher am meisten überrascht habe.

Wir haben viele natürlich, die uns sehr überraschen, weil für viele Tierwanderungen wenig bekannt ist. Aber ich glaube, das wildeste waren die Schneegeier aus Butan, die eben nicht im Himalaya bleiben, sondern über das gesamte chinesische Land hinweg in die Mongolei fliegen und dort den Sommer verbringen und dann wieder zurückkommen nach Butan oder nach Indien am Brahmaputra. Und wieso haben Sie das nicht erwartet? Wir haben eigentlich gedacht, dass diese Schneegeier ein wunderschönes Habitat in den Himalaya-Tälern und den Gipfeln haben. Die gehen bis auf über 8.500 Meter hoch, über manchmal, aber dass die dann wirklich in die Steppen des Nordens fliegen, also in die Mongolei, das hätten wir einfach nicht erwartet. Insgesamt, wieso sind Tierwanderungen für Sie so interessant? Tierwanderungen verbinden den Kontinent, die Kontinente. Sie sind für die Messung von Umweltparametern vom Klima wichtig. Sie sind für die Übertragung von Krankheiten wichtig. Sie sind für die Informationsübertragung zwischen den Tieren, zwischen Faktoren des Lebens wichtig. Also eigentlich für alles, was uns jetzt so in der modernen Welt angeht. Und deswegen müssen wir verstehen, wie diese Wanderungen wirklich funktionieren und wo sie hingehen. Sie haben jetzt große Weitwanderungen angesprochen, vielleicht noch ein anderes Beispiel, das ich gerne anschauen möchte mit Ihnen. Sie beobachten ja auch die Wanderungen von Insekten, zum Beispiel von Toten, Kopfschwärmern, denen sie von Konstanz aus in Richtung Süden über die Schweiz gefolgt. Was haben Sie da herausgefunden? Ja, auch da ist es unglaublich spannend, weil wir haben ja als Pflanzenbestäuber ganz viele Insekten. Das heißt, wir müssen auch da wissen, wie funktionieren diese Insektenwanderungen. Bei den Toten-Kopfschwärmern ist es so, dass wir herausgefunden haben, die nehmen sich offensichtlich einen Punkt am Horizont oder eine magnetische Richtung, die sie verfolgen, die ganze Nacht durch. Wenn der Wind von links, von rechts, von vorne, von hinten kommt, ist den egal. Die fliegen einfach wie eine kleine Maschine über die Alpen.

Wir haben die von Konstanz aus bis zum Lago Maggiore verfolgt.

Unglaublich spannend.

Wieso ein kleines Tier, das dann auch die Nacht durchmachen kann?

Diese Schwärmer sind nur ein Beispiel von vielen.

Sie haben es bereits erwähnt.

Sie erhalten in Ihrem Projekt eine Unmenge an Daten von verschiedenen Tierarten aus vielen Regionen der Welt.

Was tun Sie nun mit all diesen Daten?

Wir sind natürlich eine große Gemeinschaft wissenschaftlich.

Das sind jetzt allein die Leute,

die Daten einspeisen in die Movebank, etwa 20.000.

Wir haben etwa 15.000 Tiere, die jeden Tag ihre Daten liefern von überall auf der Welt.

Ungefähr 5 Millionen GPS-Punkte, um die das täglich wächst und dann die ganzen Verhaltensweisen der Tiere dazu.

Da laufen jetzt Programme, die natürlich auch künstliche Intelligenz nutzen, die aber so genutzt werden können,

dass die von jedem zusammengeklickt werden.

Man muss nicht programmieren können,

sondern die Programmierer programmieren kleine Pakete,

die man dann zusammenklicken kann und sagen kann,

mein Känguru, ich will wissen, was das gerade macht,

oder meine Ziegen am Etnak, sagen die,

dass der Vulkan irgendwie aktiv ist.

Oder meine Kühe in den Apurzen, sagen die mir was über das nächste Erdbeben

oder die Hunde und Katzen in der Türkei.

Solche Sachen können die Leute jetzt selber analysieren,

weil wir ein System haben, Move-Apps,

dass die Analysemöglichkeiten den Leuten selber in die Hand gibt,

aber natürlich auch von den Wissenschaftlern

mit großen Datensätzen gemacht werden kann.

Und wie viele Tiere müssen Sie insgesamt besondern,

um ein möglichst vollständiges Bild unserer Welt zu erhalten?

Ja, das ist eine schwierige Frage.

Da sind wir natürlich jetzt erst am Anfang.

15.000 Tiere, die Daten liefern jeden Tag, klingt viel,

aber für die ganze Welt ist es natürlich sehr, sehr wenig.

Also ich denke mal, wir bräuchten wahrscheinlich mindestens 100.000 bis 200.000 Tiere,

die jeden Tag Informationen aus verschiedenen Winkeln der Erde liefern,

um eine bessere Übersicht über solche Naturphänomene auf der Erde zu haben.

Bis wann denken Sie, haben Sie das erreicht?

Wir denken, dass wir nächstes Jahr schon sehr viel weiter sind.

Wir können jetzt Ringe an Störchen machen,

die wie ein Vogelring früher einfach elektronisch funktionieren,

diese Daten liefern, das heißt, man braucht die nicht mehr fangen,
die kriegen im Nest so einen Ring und dann kann man mal 10.000 beringen.

Die Daten fließen dann in den Wetterdienst ein,

Schweizer Wetterdienst, deutschen Wetterdienst, globale Wetterdienste,
weil man auch aus den Daten natürlich dann ganz viel Information ziehen kann.

Wir haben nächstes Jahr auch Icarus wieder als Gesamtsystem am Laufen,
mit dem wir auch die Pole beobachten können, Nordpol und Südpol,
und alles dazwischen.

Und die Tags, die kleinen Wearables, also diese kleinen Fitnessarmbänder
für die Tiere, die werden immer billiger und besser.

Und damit denke ich, kriegen wir eine sehr gute Abdeckung hin relativ schnell.

Wenn wir immer mehr über die Wanderungen der Tiere erfahren,
wie verändert dies unser Verhältnis zu den Tieren?

Ich glaube, dass wir auf dem Weg sind, eine Global First Nation,
also eine Nation zu werden weltweit, die sich auch mit dem Leben auf dem Planeten
besser versteht, besser auseinandersetzt.

Und wenn wir ein Verständnis haben für die Tiere,

wenn die uns Informationen liefern, so wie der Schweizer Lawinenhund,
den man ja auch nichts tut, den man beschützt,

weil der einem selber Informationen gibt und einen selber schützt.

Ich glaube, dann haben wir eine bessere Beziehung zu den Tieren
und es verändert unser Leben auf der Erde zum Positiven.

Sagt der Verhaltensbiologe Martin Wieckelski, die Fragen stellte Markus Hofmann.

Das war das Echo der Zeit mit Redaktionsschluss um 18.35 Uhr.

Verantwortlich für die Sendung Anna Trexel, für die Nachrichten Manuela Burgermeister
am Mikrofon Christina Scheidecker.

Copyright WDR 2021